

Rede Gerd Will

Plenum 22.06.2012

Das endgültige Aus von Schlecker und die Folgen für die Beschäftigten

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Es geht um Will und viele andere. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Firmeninsolvenzen führen häufig zu Marktberichtigungen ohne Rücksicht auf Arbeitsplätze und Versorgungsstrukturen. Ohne aktive und präventive Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik ist das endgültige Aus für alle Schlecker-Beschäftigten und die Standorte jetzt eingetreten. Gerade die positiven Erfahrungen mit Transfergesellschaften insbesondere in den neuen Ländern zeigen, dass der Erhalt überlebensfähiger Strukturen und eines Teils der Arbeitsplätze Beispiele für eine aktive Beschäftigungspolitik sind. Transfergesellschaften bieten auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eine Perspektive für Qualifizierung, Verhinderung von Arbeitslosigkeit und Zeit für Neuorientierung. Ein Negativbeispiel für eine solche verpasste und verhinderte aktive Beschäftigungs- und Strukturpolitik ist die Behandlung der Schlecker-Insolvenz durch diese Landesregierung. Nachdem der Insolvenzverwalter für die Schlecker-Insolvenz am 1. Juni 2012 die Abwicklung und Stilllegung aller Schlecker-Standorte mitgeteilt hat, werden auch in Niedersachsen/Bremen weitere 1 100 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer arbeitslos werden. Wieder sind überwiegend Frauen davon betroffen. Angesichts der neuen Sachlage hat die Bundeskanzlerin erklärt, mithilfe der Bundesagentur für Arbeit den unmittelbar von Arbeitslosigkeit betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei der Vermittlung in neue Beschäftigung behilflich zu sein. Dabei spielt Geld anscheinend keine Rolle; denn die Mittel der Bundesagentur für Arbeit, die jetzt für Versicherungsleistungen an die Betroffenen und für Umschulungsmaßnahmen eingesetzt werden, stehen in keinem Verhältnis zur benötigten und verwehrt Bürgschaft für die Transfergesellschaft.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Auffassung des Insolvenzverwalters, dass die von der Politik mehrheitlich verhinderte Bildung einer Transfergesellschaft zu einer großen Anzahl von Kündigungsschutzklagen geführt hat und deshalb kein akzeptables Übernahmeangebot von Investoren zustande gekommen ist?
2. Wie will die Landesregierung sicherstellen, dass die von der Bundeskanzlerin gemachte Zusage der Hilfe für die von Arbeitslosigkeit betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch in Niedersachsen umgesetzt wird, und hat die Landesregierung dafür einen konkreten Plan, der auch die Bildung eines Sonderfonds für die Schlecker-Beschäftigten beinhaltet?
3. Wie viele Standorte in Niedersachsen sind von der zweiten Schließungswelle betroffen, und wie will die Landesregierung vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung mit den betroffenen Regionen/Gemeinden Vorsorge dafür treffen, dass auch in Zukunft die Grundversorgung vor Ort sichergestellt wird?